

Volksmacht

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Religionsfreiheit in der Sowjetunion

Der Schritt vorwärts

Halle, den 29. Oktober.

Von Professor L. Lewin, Doktor der juristischen Wissenschaften.

Moskau, den 29. Oktober (TASS). In der Sowjetunion begann die Vorbereitung zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Sowjetunion, das höchste Organ der Staatsgewalt. Alle Bürger der Sowjetunion, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, werden unabhängig von Rasse und Nationalität, Glaubensbekenntnis, Bildungsgrad, Aufenthaltsdauer an einem bestimmten Ort, Vermögensverhältnissen, früherer Tätigkeit oder Geschlecht an den Wahlen teilnehmen. In dem wahrhaft vollstimmlichen Wahlgesetz der Sowjetunion spiegelt sich die Gewissensfreiheit als eine der Grundlagen der Verfassung der Sowjetunion wieder. Leute beliebiger Glaubensbekenntnisse und Priester aller Religionen können in voller Gleichberechtigung mit den Bürgern, die keiner Religion angehören, Wähler sein und in den Obersten Sowjet der Sowjetunion gewählt werden.

religiösen Gebräuche bei Geburt und Konfirmation, bei Hochzeit, Tod und Begräbnis einhalten. Jeder Sowjetbürger hat das Recht, zu glauben oder nicht zu glauben.

Das ist reine Gewissenssache. Die Bürger, die einer Glaubenslehre angehören, haben das Recht, ihre religiösen Gemeinden oder Gruppen zu gründen. Sie verfügen über Kirchen, Gebethäuser und Kultgegenstände. In ihren Gebethäusern und Kirchen können die Gläubigen in voller Freiheit ihre Predigten hören. Es ist auch erlaubt, religiöse Umzüge unter freiem Himmel zu veranstalten.

Religiöse Gemeinden oder Gruppen können ferner aus ihrer Mitte ihre Beamten, ihren Vorsteher, Sekretär, Kassenwart wählen, können Geistliche zur Tätigkeit in ihrer Gemeinde einladen und Geldsammlungen veranstalten. Ihre Rechte werden vom Staat unter besonderem Schutz gestellt. Das Strafgesetz bedroht jeglichen Versuch, die Ausübung religiöser Handlungen zu stören, mit Strafen. Die religiösen Gemeinden können ihre kirchlichen Religionen so gründen, wie es das Kirchenrecht der betreffenden Religion fordert. So z. B. hat die russische-Orthodoxe Kirche ihr religiöses Haupt im Patriarchen, dessen Sitz Moskau ist. Beim Patriarchen besteht eine Synode, die aus Bischöfen gebildet wird. Das Patriarchat hat seine höhere theologische Lehranstalt und gibt eine eigene Zeitung heraus. In der Predigten und Aufsätze über religiöse Fragen und Mitteilungen über Ereignisse aus dem Leben der Kirche abgedruckt sind. Der Patriarch ernennt die Bischöfe für alle bischöflichen Sprengel. Im Jahre 1945 fand in Edeas Mischken die Wahl des Katholikos aller Armerier statt. An dieser Wahl nahmen Vertreter nicht nur der Sowjetarmenier, sondern auch der Auslandsarmenier teil. Auch Mohammedaner, Buddhisten und überhaupt sämtliche Glaubensbekenntnisse, die in der Sowjetunion bestehen, haben ihre kirchlichen Organisationen.

In der Sowjetunion ist die Kirche vom Staat getrennt.

In einem Reich, in dem es so viele Religionen und Kirchen gibt, kann auch nur eine solche Trennung wirkliche Glaubensfreiheit und Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse verbürgen. Der Sowjetstaat mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche. Im Gegenteil, er nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kirche und achtet die Gefühle der Gläubigen. Es können z. B. auf Wunsch der Kranken oder der Angehörigen eines Verstorbenen in Krankenhäusern und auf Friedhöfen religiöse Handlungen vorgenommen werden, obwohl Krankenhäuser und Friedhöfe unter der Verwaltung staatlicher Behörden stehen. Die Staatsdruckereien nehmen Aufträge von Kirchen, Gebethäuser zu drucken, an und die staatlichen Papierfabriken liefern für diesen Zweck Papier.

Gewissensfreiheit wird respektiert

Alle diese Tatsachen bezeugen, wie weitgehend in der Sowjetunion die Gewissensfreiheit respektiert wird. Wir müssen betonen, daß die in der Sowjetunion bestehenden Kirchen diese ihre Freiheit gebührend einschätzen. Während des großen Vaterländischen Krieges bekundeten alle Kirchen der Sowjetunion ihre aufrichtige Vaterlandsliebe und riefen die Gläubigen zum heiligen Krieg gegen den faschistischen Aggressor auf. Alle Kirchen sammelten Geldmittel für die Rote Armee. Aus den Geldmitteln, die beispielsweise von der russischen Orthodoxen Kirche gesammelt wurden, wurde eine Tankkolonne ausgerüstet, die nach Dimitri Donskoi, dem russischen Heerführer des 14. Jahrhunderts, benannt ist. Viele Gefährliche nahmen tatkräftig am Partisanenkampf gegen Deutsche Okkupanten teil. In dem siegreichen Kampf gegen den Faschismus verteidigte und behauptete die Sowjetunion die im Oktober 1917 erlangten Freiheitsrechte, darunter auch das Recht auf Gewissensfreiheit. SNB

Unter diesem Titel veröffentlichten wir im „Volksblatt“ ein Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland und Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Schukow, der den deutschen Verwaltungsorganen in den Provinzen und föderalen Ländern in der sowjetischen Besatzungszone das Recht einräumt, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die nicht den Befehlen des Kontrollrates sowie den Befehlen der Sowjetischen Militärverwaltung widersprechen. Dazu schreibt die „Tägliche Rundschau“:

Die Notwendigkeit, die Rechte der provinziellen Verwaltung zu erweitern, wird in dem Befehl Marschall Schukows eindeutig und klar umrissen. In der Begründung heißt es, daß dieser Befehl „in Anbetracht des gegenwärtigen Fehlens einer zentralen deutschen Regierung in Deutschland und der Notwendigkeit, die Rechte der deutschen Behörden und Behördenorgane in Gestalt der Provinzialverwaltungen und Verwaltungen der föderalen Länder zu erweitern sowie zwecks einer gesetzlichen Festigung der von diesen Verwaltungen durchgeführten demokratischen Umbildungen“ erlassen wurde.

Man kann die Bedeutung dieses neuen Dokuments nicht hoch genug einschätzen, das davon zeugt, daß die vor einigen Monaten geschaffenen Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder mit ihrer großen praktischen Arbeitsteilung bei der demokratischen Umgestaltung Deutschlands das ihnen geschenkte Vertrauen gerechtfertigt haben und die ihnen gestellten Aufgaben ehrenvoll erfüllen. In den kurzen Monaten, die seit der Bildung dieser Verwaltungen vergangen sind, ist in allen Provinzen der sowjetischen Besatzungszone eine kolossale Arbeit zur Normalisierung des Lebens, zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe und der Landwirtschaft, zur Schaffung eines neuen demokratischen Verwaltungsapparates sowie zur Bereinigung und Beseitigung der Folgen der Hitlerherrschaft geleistet worden.

Und tatsächlich: Spricht nicht der Erfolg der Ententeinbringung in der ganzen sowjetischen Besatzungszone für die Lebensfähigkeit der Provinzial- und Landesverwaltungen? Unter täglicher Unterstützung und Hilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden, gestützt auf die sich immer mehr festigende Einigkeit der demokratischen Parteien und eine geschickte Mobilisierung weiter Kreise der Bevölkerung, waren die Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder in der Lage, in diesem Jahre die schnelle und verlustlose Einbringung der Ernte zu organisieren und durchzuführen und somit die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete mit Brot und Lebensmitteln zu versorgen.

Als nicht weniger klarer Beweis für die Tatkräftigkeit und das Anwachsen der Handlungsfähigkeit sowie der politischen Reife der Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder kann auch die Durchführung der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone gelten. Die Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder brachten das richtige Verständnis für die Wünsche breiter Kreise der deutschen Bevölkerung auf und erließen rechtzeitig die entsprechenden Verordnungen zur Durchführung der Bodenreform, und geben somit Millionen von Bauern, Flüchtlingen und Umsiedler Land und Inventar, was diesen die Möglichkeit einer weiteren Existenz und Arbeit gewährleistet.

In kürzester Zeit nach Beendigung des Krieges waren die Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder in Erfüllung der entsprechenden Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Schukow, in der Lage, eine Reihe von Industriezweigen mit Tausenden von Betrieben, die jetzt Gegenstände des täglichen Bedarfs für die deutsche Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone herstellen, in Gang zu setzen und ihre Arbeit zu organisieren. Es lohnt sich, allein auf die Erfolge der Kohleindustrie hinzuweisen, um klarzumachen, welche eine große Arbeit in dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleistet wurde, um die arbeitenden Betriebe sowie die Bevölkerung der Städte mit dem nötigen Heizstoff zu versorgen.

Jeder kann nach seiner Fassung selbigen werden

Man kann mit Fug und Recht sagen, daß es kaum eine Religion gibt, die unter den vielen Nationalitäten, die in der Sowjetunion wohnen, nicht vertreten wäre. In der russischen Föderation in der Ukraine, in Belorussland in Georgien, in der Moldau gehört ein bedeutender Teil der Bevölkerung der russischen orthodoxen Kirche an. In Litauen gibt es Katholiken, in Lettland und Estland Protestanten. In Aserbeidschan leben Mohammedaner-Schichten, in Usbekistan Mohammedaner-Sunnniten, in der burjatischen Mongolei meist Buddhisten und weiter im Osten Anhänger des Konfuzius. Unter den russischen Orthodoxen und Protestanten bestehen ferner zahlreiche Sekten.

Die Anhänger aller dieser Religionen und Sekten können in der Sowjetunion in aller Freiheit ihre Glaubenslehre ausüben, ihre

Das spanische Gefängnis

(SNB) Auf der Pariser Weltgewerkschaftskonferenz erhoben die Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen aller demokratischen Länder von neuem ihre Stimme für das spanische Volk, das sich heute immer noch unter dem faschistischen Joch befindet. Franco, der 1936 der erste Lakai des internationalen Faschismus wurde, macht heute verzweifelte Anstrengungen, um sich an der Macht zu halten. Er will der Welt entreden, daß das heutige spanische Regime mit dem Faschismus nichts gemein habe, und hat zu diesem Zweck in seiner Regierung die verschiedensten Umstellungen vorgenommen, die jedoch mit großem Reklamegeschrei in die Welt hinausposaunt wurden.

Francos, der sich auf die Reaktionen in den anglophobischen Ländern zu stützen sucht, verspricht die Wiederherstellung der Monarchie in Spanien und nahm vor kurzem eine Reorganisation seiner Regierung vor.

Diese sogenannte „Reorganisation“ bestand darin, daß einige jener Monarchisten, die 1942 von den machtgeiern Falangisten aus der Regierung getrieben wurden, jetzt wieder Ministerstellen erhielten. Formell schied aus dem Kabinett der Sekretär der Falange, Aresse, allgemein der „spanische Heß“ genannt. Aus. Dafür wurde der „spanische Rosenbergs“, Queros, Justizminister der „spanische Lewy“, Giron, ist Arbeitsminister geblieben. Es ist also durchaus ein Kabinett alter Falangisten.

Der Beschluß der Berliner Dreimächtekonferenz, Franco-Spanien nicht zu den Vereinten Nationen zuzulassen, zeugt davon, daß sich von den Tricks der Madrider Hitlerfaschisten niemand irreführen läßt.

Das stehende Heer Spaniens zählt 700 000 Mann und verschlingt 51 Prozent des gesamten Staatshaushalts; außerdem gibt es noch die sogenannte „falangistische Garde“, die die Falangistische Partei selbst hat halb-militärische Aufgaben. Nicht zu vergessen sind die katholischen Kirchenfürsten Spaniens, die ein Drittel des Grund und Bodens, Großbetriebe und Propagandainstitute besitzen, ferner alle Großgrundbesitzer mit und ohne Titel, die den Bauern das Land weggenommen haben, das diese unter der Republik erhalten hatten. Weiter waren 20 Prozent der spani-

schen Aktiengesellschaften in deutschem Besitz, weitere 40 Prozent wurden teilweise von Deutschen kontrolliert. Doch diese Angaben sind nicht vollständig. Es bleibt noch das getarnte deutsche Kapital. Franco hat allein in diesem Jahr 30 000 Pässe gegeben.

Die spanischen und deutschen Faschisten haben das Land in ein Gefängnis verwandelt. Wie ein mexikanischer Journalist feststellt, gibt es heute in Spanien ungefähr 200 000 politische Gefangene, von denen 28 000 zu Tode verurteilt wurden, und die „Tribüne de Genève“ schreibt: „Hunderttausende die Städte und Dörfer zu verlassen. Sie ziehen in die Berge zu den Partisanen, deren Zahl ununterbrochen wächst. Die antifaschistische Partisanenbewegung in Spanien wird von der Hohen Junta der nationalen Einheit geleitet.“

Alle wahrhaft antifaschistischen Kräfte

Spaniens haben sich unter der Losung der Wiederherstellung der spanischen demokratischen Republik und der gesetzmäßigen Verfassung von 1931 zusammengeschlossen. Der Kampf für die nationale Einheit wird auch innerhalb der spanisch-republikanischen Emigration selbst geführt. Ein wichtiger Schritt zu dieser Einheit war der kürzlich abgehaltene Kongreß des spanischen Lohnarbeiterverbandes in Toulouse.

Die internationale Arbeiterbewegung ist an der Zerschmetterung der in Spanien herrschenden faschistischen Clique zuletzt interessiert. Auch die öffentliche Meinung der demokratischen Länder kann und darf sich nicht damit zufriedengeben, daß in Spanien nach wie vor die falangistischen Inquisitoren an der Macht sind, und in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England, Frankreich und in anderen Ländern fordern die Arbeiter und verschiedenen öffentlichen Organisationen ihrer Staaten den Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Regierung Francos.

Die Giftviele in der Hosentasche

Ein Kriegsverbrecher nach dem andern wird aus dem Schlupfwinkel geholt

Ein vertrauter Helfershelfer Himmlers, der SS-Generalleutnant Graf Georg Henning von Bassowitz-Behr, wurde in Bremen verhaftet. Bei der Untersuchung des Gefangenen stellte man fest, ahner in seiner Tasche eine Giftviele hatte, ahner in seiner Gefangennahme Selbstmord beging.

(SNB) Otto Aelbet, der frühere Bevollmächtigte des Auswärtigen Amtes beim Deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich, wurde am Donnerstagabend in einem Sanatorium bei Todtmoos im Schwarzwald von einem französischen Leutnant und einem Feldwebel verhaftet.

Oberbefehlshaber in Frankreich, Kesselring Oberbefehlshaber in Italien.

Kriegsverbrecherprozesse auch in Ludwigsburg

(SNB). Alle künftigen Verbrechenprozesse des westlichen Militärdistrikts der amerikanischen Besatzungszone werden in Ludwigsburg verhandelt werden. Zwei Gerichtshöfe werden in einem Häftlingslager bei Ludwigsburg zu diesem Zwecke eingerichtet.

Prozess gegen dänischen Exminister

Kopenhagen (TASS). Am 23. Oktober begann die Gerichtsverhandlung gegen Gunnar Larsen, der während der Besatzungszeit in Dänemark den Posten eines Eisenbahnministers innehatte. Larsen ist angeklagt, mit den Besatzungsbehörden in ungehöriger Weise zusammengearbeitet zu haben. Auf der ersten Sitzung stellte das Gericht fest, daß Larsen das Ordon der dänischen Hiltleristen „Fædrelandet“ mit 25 000 Kronen versorgte.

Verfahren gegen Rundstedt und Kesselring

(SNB) Der Neuyorker Rundfunk meldet aus Nürnberg, daß die Generalfeldmarschälle von Rundstedt und Kesselring in einem späteren Verfahren als Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal gestellt werden. Rundstedt war deutscher

Gerade durch ihre praktische Arbeit und nicht durch Deklarationen haben die Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder sich bewährt, indem sie ihre Fähigkeit, den demokratischen Umbau Deutschlands erfolgreich zu betreiben, unter Beweis stellten.

Der Befehl von Marschall Shukow ist gleichzeitig ein Hinweis auf das wachsende Vertrauen der sowjetischen Besatzungsbehörden zu den deutschen Verwaltungen.

Es besteht kein Zweifel, daß die summe der deutschen Verwaltungsorgane in den Provinzen und föderalen Ländern eingeräumten Rechte, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, ihre Autorität und Kraft weiterfestigen und ihnen neue Möglichkeiten zur erfolgreichen Durchführung ihrer Arbeiten geben.

Mit dieser Genehmigung für die Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, wird diesem gleichzeitig eine große Verantwortung auferlegt. Gerade auf ihnen wird eine große Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung, für die politische Gesundheit des ganzen öffentlichen Lebens und für die weitere Entwicklung des Wirtschaftslebens lasten.

Es ist selbstverständlich, daß die Verwaltungen der Provinzen und föderalen Länder hinsichtlich die aktive Unterstützung aller demokratischen Parteien, freien Gewerkschaften und der breitesten Bevölkerungskreise sowie aller derjenigen, die den Erfolg der demokratischen Umbildung Deutschlands wünschen, verlangen und erwarten können.

Eine Klarstellung der TASS

Moskau, 29. Oktober (TASS). In der ausländischen Presse erschienen widersprechende Berichte des Inhalts, daß der Präsident der USA, Truman, den Präsidenten des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, eine Botschaft sandte. Aus maßgebenden Quellen wurde bekannt, daß die von Präsident Truman am 14. Oktober gesandte Botschaft am 24. Oktober durch den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Harryman, übergeben wurde. Stalin antwortete auf diese Botschaft am 25. Oktober um nähere Ausführungen zu der Botschaft des Präsidenten zu machen. Harryman suchte Stalin im Gebiet von Sotschi auf, wo Stalin seinen Urlaub verbringt, und hatte zwei Unterredungen mit ihm. Am 26. Oktober kehrte Harryman nach Moskau zurück.

USA-Kontrolle auch aus der Luft

(SNB). Wie der amerikanische Nachrichtendienst mitteilt, werden die Kontrolle der USA-Besatzungszone Deutschlands auch die amerikanischen Luftstreitkräfte ausüben. Der für diesen Zweck eingesetzte Verband soll aus 250 Super-Festungen sowie mehreren Aufklärungsflugzeugen bestehen.

Nationalfeier der Tschechoslowakei

(SNB). Am 28. Oktober feierte die Tschechoslowakische Republik den 27. Jahrestag ihrer Gründung. Präsident Beneš und der Verteidigungsminister Šwoboda erließen anlässlich dieses Nationalfestes einen Tagesbefehl an die Armee. In diesem Befehl wird der heroische Kampf des tschechoslowakischen Volkes und seiner Streitkräfte gegen die deutschen Okkupanten gewürdigt.

De Gaulle begnadigt Deniz

Paris (SNB). Wie „Associated Press“ meldet, hat General de Gaulle das Todesurteil gegen General Deniz, den früheren französischen Kommandeur in Syrien, in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Deniz wurde am 20. April des Verrates überführt. Bei der Gerichtsverhandlung sagte Deniz, daß er nur die Befehle von Vichy befolgt und getan habe, was er zum Besten für Frankreich erachtet.

„Operntaufe“ im Thaliatheater

Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

Nun hat das umgebaute Thaliatheater auch seine „Operntaufe“ erhalten. Zum erstmaligen, seit in den Räumen des Thaliatheaters überhaupt gespielt wird, fand am letzten Sonnabend eine Opernaufführung statt. Man kann sich noch kein endgültiges und abschließendes Urteil über die akustischen Verhältnisse bilden. Diese letztgültige Entscheidung wird erst die musikalisch umfangreichere Oper bringen. Zunächst aber gelangt man zu dem Ergebnis, daß ein recht schwieriges Problem muster-gültig gelöst worden ist. Diese Lösung verdient umsoher Anerkennung, als sie immerhin mit bescheidenen Mitteln herbeigeführt worden ist.

Mit Glucks komischer Oper „Die Pilger von Mekka“, aus der Sommerspielzeit im Burghof Gleichenstein übernommen, hat man den entscheidenden Schritt getan. Er ist glücklich die Oper in ihre ganze Anlage nach für das Thaliatheater geschaffen. Fern jedem musikalischen Pomp, trägt sie teilweise noch den Stil jener italienischen Opern, die am Glück später grundlegend reformiert hat.

„Die Pilger von Mekka“ nehmen in dem umfangreichen Opernschaffen Glucks eine Mittelstellung ein. Die Oper steht zwischen „Orpheus und Euridice“, mit der Glück seine reformatorische Tätigkeit ansetzte (1762) und dem eigentlichen Revolutionswerk „Alceste“ (1767), mit der Glück endgültig mit „Oper seria“ brach. Dazwischen (1764) entstanden „Die Pilger von Mekka“.

Der Liebhaber der Musik und die orientalische Handlung erhalten der Oper den auch heute noch gültigen musikalischen Achtungserfolg. Die Rollen sind in drei Harems-tüchtler — die als Pilger nach Mekka ziehen wollten — mit ihrem Prinzen an der Spitze, die komische Rolle des Bettlerdewischs und

Anklage gegen die Kriegsverbrecher

(Fortsetzung aus der Sonnabend-Ausgabe, Redaktion „Volkswacht“)

XL Verantwortlichkeit von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen für das Verbrechen und Anklagepunkt Vier bildende Verbrechen

Es wird hiermit auf die in Anlage A der Anklageschrift enthaltenen Angaben, betreffend die strafrechtliche Verantwortlichkeit für das unter Anklagepunkt Vier angeführte Verbrechen Bezug genommen. Ferner wird auf die in der Anlage B der Anklageschrift enthaltenen Angaben betreffend die Verantwortlichkeit der Gruppen und Organisationen, strafrechtliche Gruppen und Organisationen bezeichnet für das in Anklagepunkt Vier der Anklageschrift dargelegte Verbrechen Bezug genommen.

Nach alledem wird hiermit diese Anklage vor dem Gerichtshof in Englisch, Französisch und Russisch erhoben, wobei jeder Text gleiche

Geltung hat, und die hierin gegen die obenverhört Angeklagten erhobenen Anklagen werden hiermit dem Gerichtshof überreicht.

Gen. A. Rodzinski
Für die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.

Gen. Hartley Shawcross
Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Gen. Robert H. Jackson
Für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Gen. Francois de Menthon
Für die Französischen Republik.

Berlin, den 6. Oktober 1945.

Anhang A

Die Formulierung der individuellen Verantwortlichkeit für Verbrechen, aufgeführt in den Anklagepunkten Eins, Zwei, Drei und Vier

Die nachstehend hinsichtlich eines jeden Angeklagten angeführten Formulierungen enthalten Tatsachenmaterial, auf das sich die Anklage stützen wird, soweit dieses neben dem anderen Tatsachenmaterial die individuelle Verantwortlichkeit eines jeden Angeklagten feststellt.

Göring

Der Angeklagte Göring war in der Zeit von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Reichsführer der SA, General der SS, Mitglied und Präsident des Reichstages, Preussischer Innenminister, Präsident der Preussischen Polizei und Chef der Preussischen Geheimen Staatspolizei, Präsident des Preussischen Staatsrates, Treuhänder des Vierjahresplanes Reichsluftfahrtminister, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Präsident des Ministeriums für Reichsverteidigung, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, Oberhaupt des Hermann-Göring-Koorsers und designierter Nachfolger Hitlers. Der Angeklagte Göring benutzte die genannten Stellungen, seinen persönlichen Einfluß und seine enge Beziehung zum Führer in der Weise, daß er die Machtergreifung der Nazischwärmer und die Befestigung ihrer Macht über Deutschland, angeführt in Anklagepunkt Eins, sowie die militärische und wirtschaftliche Vorbereitung für den Krieg, angeführt in Anklagepunkt Eins, förderte; daß er teilnahm an der von den Nazischwärmern unternommenen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen und Kriegen in Verletzung internationaler Verträge, Abkommen und Zusicherungen, angeführt in Anklagepunkten Eins und Zwei; und daß er die in Anklagepunkt Drei der Anklageschrift angeführten Kriegsverbrechen und die in Anklagepunkt Vier der Anklageschrift angeführten Verbrechen gegen die Humanität, darunter viele verschiedenartige Verbrechen gegen Personen und Eigentum, genehmigte, leitete und an ihnen teilnahm.

Heß

Der Angeklagte Heß war in der Zeit von 1921 bis 1941: Mitglied der NSDAP, Stellvertreter des Reichsministers ohne Geschäftsbereich, Mitglied des Reichstages, Mitglied des Ministeriums für Reichsverteidigung, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, Designierter Nachfolger des Führers nach dem Angeklagten Göring, General der SS und General der SA. Der Angeklagte Heß benutzte die genannten Stellungen, seinen persönlichen Einfluß und seine sehr enge Beziehung zum Führer dergestalt, daß er die Machtergreifung der Nazischwärmer und die Befestigung ihrer Macht über Deutschland, angeführt in Anklagepunkt Eins, sowie die militärische, wirtschaftliche und

psychologische Vorbereitung auf den Krieg, angeführt in Anklagepunkt Eins, förderte; daß er teilnahm an der politischen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen und Kriegen in Verletzung internationaler Verträge, Abkommen und Zusicherungen, angeführt in Anklagepunkten Eins und Zwei; daß er teilnahm an der Vorbereitung und Planung außerpolitischer Pläne der Nazischwärmer, angeführt in Anklagepunkt Eins, und daß er die in Anklagepunkt Drei angeführten Kriegsverbrechen und die in Anklagepunkt Vier angeführten Verbrechen gegen die Humanität, einschließlich vieler verschiedenartiger Verbrechen gegen Personen und Eigentum, genehmigte, leitete und an ihnen teilnahm.

Ribbentrop

Der Angeklagte Ribbentrop war in der Zeit von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, Mitglied des Nationalsozialistischen Reichstages, Außenminister des Führers, Vertreter der NSDAP bei auswärtigen Angelegenheiten, Besonderer Deutscher Delegierter für Abtrotzfragen, Außerordentlicher Botschafter in London, Organisator und Leiter der Dienststelle Ribbentrop, Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Mitglied des Geheimen Kabinettsrates, Mitglied des politischen Stabes des Führers im Hauptquartier und General der SS. Der Angeklagte Ribbentrop benutzte die genannten Stellungen, seinen persönlichen Einfluß und seine vertraute Beziehung zum Führer dergestalt, daß er die Machtergreifung der Nazischwärmer und die Befestigung ihrer Macht über Deutschland, angeführt in Anklagepunkt Eins, und die Kriegsvorbereitungen, angeführt in Anklagepunkt Eins, förderte; daß er teilnahm an der von den Nazischwärmern unternommenen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen und Kriegen in Verletzung internationaler Verträge, Abkommen und Zusicherungen, angeführt in Anklagepunkt Eins und Zwei; und daß er im Einklang mit dem Führungsprinzip die außenpolitischen Pläne der Nazischwärmer, angeführt in Anklagepunkt Eins, ausführte oder die Verantwortung für deren Ausführung übernahm, und daß er die in Anklagepunkt Drei angeführten Kriegsverbrechen und die in Anklagepunkt Vier angeführten Verbrechen gegen die Humanität, darunter viele verschiedenartige Verbrechen gegen Personen und Eigentum in den besetzten Gebieten, genehmigte, leitete und an ihnen teilnahm.

Kaltenbrunner

Der Angeklagte Kaltenbrunner war in den Jahren 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Mitglied des Reichstages, General der Polizei, Staatssekretär für Sicherheit in Oesterreich und Chef der österreichischen

Polizei, Polizeipräsident von Wien, Nieder- und Oberösterreich, Leiter des Hauptreichsicherheitsamtes und Chef des Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes. Der Angeklagte Kaltenbrunner benutzte die genannten Positionen und seinen persönlichen Einfluß dergestalt, daß er die Befestigung der Macht über Oesterreich nach dessen gewaltsamer Annexion, angeführt in Anklagepunkt Eins, förderte; und daß er die in Anklagepunkt Drei angeführten Kriegsverbrechen, die in Anklagepunkt Vier angeführten Verbrechen gegen die Humanität, besonders die Verbrechen gegen die Humanität, wie sie in der Schaffung eines Systems der Konzentrationslager zum Ausdruck kamen, genehmigte, leitete und an ihnen teilnahm.

Rosenberg

Der Angeklagte Rosenberg war von 1920 bis 1945: Mitglied der NSDAP, nationalsozialistisches Reichstagsmitglied, Reichsleiter der NSDAP für Weltanschauung und Propaganda, Reichsleiter für Außenpolitik, Herausgeber der nationalsozialistischen Zeitung, Volkischer Beobachter und „NS Monatsblätter“, Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Sonderbeauftragter für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung der NSDAP, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Organisator des „Einsatzstabes Rosenberg“, General der SS und der SA. Der Angeklagte Rosenberg nutzte die erwähnten Stellungen, seinen persönlichen Einfluß und seine enge Beziehung zum Führer dazu, daß er die in Anklagepunkt Eins erwähnten Methoden der Nazischwärmer entwickelte, verbreitete und anwendete; er förderte die Machtergreifung der Nazischwärmer und die Befestigung ihrer Kontrolle über Deutschland (Anklagepunkt Eins); er förderte die psychologischen Kriegsvorbereitungen, wie in Anklagepunkt Eins ausgeführt, er nahm teil an der politischen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen und Kriegen in Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen und Zusicherungen (Anklagepunkt Eins und Zwei); er genehmigte und leitete die in Anklagepunkt Drei erwähnten Kriegsverbrechen und die in Anklagepunkt Vier erwähnten Verbrechen gegen die Humanität, darunter viele verschiedenartige Verbrechen gegen die Person und das Eigentum, und nahm an ihnen teil.

Frank

Der Angeklagte Frank war von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Reichsminister, Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz, Präsident der internationalen Rechtskammer und der Akademie für Deutsches Recht, Chef der Zivilverwaltung von Lodz, Oberster Verwaltungsschef der Besatzungszone Westpreußen, Posen, Lodz und Krakau und Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete. Angeklagter benutzte die vorerwähnten Stellungen, seinen persönlichen Einfluß und seine enge Beziehung zum Führer dazu, die Machtergreifung der Nazischwärmer und die Befestigung ihrer Macht über Deutschland zu fördern (Anklagepunkt Eins); er genehmigte und leitete die in Anklagepunkt Drei genannten Kriegsverbrechen und die in Anklagepunkt Vier genannten Verbrechen gegen die Humanität, insbesondere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität bei Verwaltung besetzter Gebiete, und nahm an ihnen teil.

Frank

Der Angeklagte Frank war von 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Reichsminister, Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz, Präsident der internationalen Rechtskammer und der Akademie für Deutsches Recht, Chef der Zivilverwaltung von Lodz, Oberster Verwaltungsschef der Besatzungszone Westpreußen, Posen, Lodz und Krakau und Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete. Angeklagter benutzte die vorerwähnten Stellungen, seinen persönlichen Einfluß und seine enge Beziehung zum Führer dazu, die Machtergreifung der Nazischwärmer und die Befestigung ihrer Macht über Deutschland zu fördern (Anklagepunkt Eins); er genehmigte und leitete die in Anklagepunkt Drei genannten Kriegsverbrechen und die in Anklagepunkt Vier genannten Verbrechen gegen die Humanität, insbesondere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität bei Verwaltung besetzter Gebiete, und nahm an ihnen teil.

Kaltenbrunner

Der Angeklagte Kaltenbrunner war in den Jahren 1932 bis 1945: Mitglied der NSDAP, General der SS, Mitglied des Reichstages, General der Polizei, Staatssekretär für Sicherheit in Oesterreich und Chef der österreichischen

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

„Operntaufe“ im Thaliatheater
Zum erstmaligen Glucks Oper „Die Pilger von Mekka“ im neuen Raum

Unsere Aufgaben, unser Ziel

Eine programatische Erklärung des Oberbürgermeisters Mertens

Halle, 29. Oktober 1945.

Am Freitag vormittag fand wieder eine Stadtvorstandssitzung statt. Sie sollte in erster Linie dem Zweck dienen, Stellung zu nehmen zu der Berichterstattung der hauptamtlichen Stadträte und mehrerer ehrenamtlicher Stadträte. Diese Angelegenheit wurde aber auf eine in der nächsten Woche stattfindende Sitzung vertagt, um den Stadtvorordneten Gelegenheit zu geben, die Marschroute der neuen hauptamtlichen Stadträte kennenzulernen.

Mit der Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe von

500 000 RM für die Opfer des Faschismus erklärte sich die Stadtvorstandssitzung einverstanden. Zu dieser Summe steuert die Provinz 60 Prozent bei, während die Stadt Halle 40 Prozent übernehmen soll. Es sind etwa 500 Personen in Halle, die von den Nazis an Leib und Gut geschädigt worden sind und die nun im Wege der Wiedergutmachung nach Möglichkeit entschädigt werden sollen. Außer einer verhältnismäßig kleinen Barentschädigung soll in Notfällen Kleider, Möbel usw. gefahren werden, außerdem soll ein Beitrag bei etwa notwendiger Umschulung für einen neuen Beruf geleistet werden, und schließlich sollen die Witwen und Waisen, deren Ernährer durch die Schuld der Nazis ums Leben gekommen sind, Unterstützungen erhalten, wie auch erwerbsunfähig gewordene Opfer des Faschismus unterstützt werden sollen.

Über die neue Einteilung der Versorgungsberechtigten für die Lebensmittelversorgung

am 1. November 1945 berichtete der Leiter des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, Oberverwaltungsrat Dr. Heinecke. Er teilte mit, daß die durch die Straßenbeauftragten vorgenommene Registrierung der Versorgungsberechtigten noch nicht in allen Fällen endgültig ist, da diese nur schematisch vorgenommen werden konnte. Es ist vorgesehen, daß die Eingruppierung in eine oder mehrere Gruppen nach Art der einwandfrei nachgewiesenen Beschäftigung geändert werden kann.

Zur Eingemeldungsfrage wurde mitgeteilt, daß sie in einem akuten Stadium gerückt sei. Ammendorf, Zöllberg-Wörmlitz und andere Gemeinden haben bereits in Einwohnerversammlungen zu dieser Frage Stellung genommen und in diesen ist die Zustimmung zu der Entscheidung nach Halle ausgesprochen worden.

Was jetzt zu tun ist

Nachdem die Stadtvorordneten eine Kommission zur Schaffung einer neuen Geschäftsordnung beschlossen und eine Erklärung der kommunistischen Fraktion zur Kenntnis genommen hatten, wurde der Oberbürgermeister Mertens eine längere Rede über die Aufgaben und Ziele der neuen Stadtvorbereitung, in der er vor politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkt aus alle aktuellen Fragen beleuchtete und seine persönliche Stellungnahme dazu eingehend darlegte. Von Interesse war dabei die Mitteilung, daß künftig die Sitzungen der Stadtvorordneten nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern im Beisein der Presse abgehalten werden sollen. Eine Zulassung der Pressefreiheit zu den Sitzungen ist eine persönliche Stellungnahme dazu eingehend darlegte. Von Interesse war dabei die Mitteilung, daß künftig die Sitzungen der Stadtvorordneten nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern im Beisein der Presse abgehalten werden sollen. Eine Zulassung der Pressefreiheit zu den Sitzungen ist eine persönliche Stellungnahme dazu eingehend darlegte.

Haus- und Straßenbeauftragten. Im Augenblick seien diese politisch aktiven Menschen mit der Umstellung unseres Rationierungssystems beschäftigt. Es könne nicht erwartet werden, daß jeder einzelne der Straßenbeauftragten alles richtig macht, und es sei damit zu rechnen, daß auch unzulässige Handlungen vorkommen können. Derartige Dinge würden streng geahndet, sobald sie festgestellt werden sollten. Die wichtigste Aufgabe der Straßenbeauftragten sei es, die Verbindung zwischen Stadtverwaltung und antifaschistischer Massenbewegung herzustellen. Ihre Mitarbeit ist auch notwendig bei der Feststellung von Wohnraum, der für obdachlose Evakuierte freigegeben werden muß. Man darf die Mitwirkung der Straßenbeauftragten nicht auf die Ermittlung von Nazivornamen beschränken, sondern bei der Durchführung einer gerechten Wohnraumverteilung im allgemeinen einschalten. Es geht natürlich nicht an, daß in wilden Einzelaktionen sich irgendwelche Leute Wohnraum aneignen. Lediglich kann diese im Aufbau begriffene Organisation als eine unentbehrliche Ergänzung unseres hauptamtlichen Verwaltungsapparates dienen.

Ein Wort an die Jugend

Wir müssen auch unsere Jugend zur Mitarbeit heranziehen. Es wäre aber falsch, von den 15-25jährigen, durch HJ und BDM gefangenen Jugendlichen ohne weiteres anti-faschistisches Bekenntnis zu verlangen. Der einzig richtige Weg zur Einführung in die demokratische Welt ist die praktische Betätigung. Unsere Jugend muß wieder den kennen, und muß verstehen, daß das etwas anderes ist, als das Einprägen von Doktrinen.

Die politische Erziehung der Jugend dürfen wir nicht leicht nehmen.

Das wichtigste: Die Ernährung

Nach einigen Ausführungen über die Bodenreform wandte sich der Oberbürgermeister dem Hauptproblem unserer nächsten Verwaltungsarbeit, der Versorgung mit Nahrungsmitteln, zu. Er gab ohne weiteres zu, daß unsere Ernährungsbasis kaputt geworden ist, da weite landwirtschaftliche Räume des früheren Reichsgebietes uns nicht mehr zur Verfügung stehen. Durch das Hereinstromen von Millionen von Umsiedlern aus den Ostgebieten ist das Ernährungsproblem noch schwieriger geworden. Die Zerrüttung unseres Verkehrssystems kommt hinzu. Die Reichsbahn konnte bisher nicht mit dem ihr zur Verfügung stehenden Wagenpark die benötigten Wirtschaftsgüter befördern. Trotz aller Schwierigkeiten müssen wir uns mit äußerster Kraft auf die Lösung des Ernährungsproblems konzentrieren. Die Beschaffung von Kartoffeln für die Einkellerung ist bisher nicht in der Weise erfolgt, daß man damit zufrieden sein könnte. Nur etwa 20 Prozent der für die Einkellerung erforderlichen Gesamtmenge ist bisher in der Stadt Halle eingetragend worden. Angesichts der bevorstehenden Frosterperiode ist das bitter wenig. Die Schwierigkeiten sind gewiß groß, aber wir müssen mit einer konzentrierten Initiative ihrer Herr werden. Der Kartoffelgroßhandel muß sich auf eine planvolle Zusammenarbeit einrichten und dafür sorgen, daß dieses notwendige aller Lebensmittel unter allen Umständen herangeschafft wird. Überhaupt müssen wir das ganze Ernährungsproblem klar erkennen und ausdrücken, was ist.

Die Gefahr der Preissteigerung

Wir dürfen nicht verschweigen, daß die Nahrungsmittel, die auf Grund des Ablieferungs-

gemacht werden. Es handelt sich um eine politische Frage, und die steht so: Wenn wir mit Fug und Recht von einer allgemeinen Kollektivschuld des deutschen Volkes an sich freilich der Blutschuld und Gewissensschuldigsten aller Krieger sprechen, und wenn sich dieser Kollektivschuld nicht einmal diejenigen ausnehmen, die die zwölf Jahre des Naziregimes in der Emigration oder in Zuchthaus und KZ zugebracht haben, dann müssen wir innerhalb des deutschen Volkes ebenso eindeutig von der besonders schwerwiegenden Kollektivschuld bestimmter Gruppen und Schichten sprechen. Das Großgrundbesitzertum war in der Vergangenheit Träger einer bestimmten volkschädlichen gegenpolitischen Haltung, es war Hort des Militarismus und der politischen Reaktion. Darum wird durch die Bodenreform diese Schicht im ganzen entmacht, indem man ihr die ökonomische Basis entzieht. Wer in führen-

Gerechte Verteilung des Wohnraums

Die Wohnungsfrage ist kaum weniger dringend. Ich kann jetzt noch nicht, so führt der Oberbürgermeister fort, von der Wiederherstellung beschädigter und dem Wiederaufbau zerstörter Häuser reden, ich muß mich zunächst auf die Frage der Wohnraumverteilung beschränken. Vor einigen Wochen habe ich die Bergeschneke besucht. Dort hausten damals 76 Frauen, Männer und Kinder in buntem Durcheinander in einem kleinen, für eine ausschließlich antifaschistische Umsiedler, und warum waren sie so notdürftig untergebracht? Weil es in Halle anscheinend so außerordentlich schwierig ist, festzustellen, wer ein Nazi ist und wer kein Nazi ist, oder ob jemand ein aktiver oder passiver Nazi, ein Kriegsverbrecher aus bösem Willen oder „kraft einer unvorhergesehenen Schicksals“ war. Mit dieser komplizierten Forschungsarbeit muß Schluß-

soff der Landwirte eingebracht werden, nicht reichlich und der Bevölkerung das zu geben, was die Lebensmittelkarten vorsehen. Um die Ernährung zu sichern, müssen wir in irgendeiner Form auch einen Teil der Überschüsse mit verfügen können, die von den Bauern über das Ablieferungsloft hinaus verkauft werden. Würden wir die Überschüsse mengen frei und zu hohen Preisen verkaufen lassen, so hätten nur bestimmte Besitzende Schichten davon Nutzen. Die Massen der Werktätigen würden dann leer ausgehen, auch der Gewinn der Mehrerträge an den erhöhten Preisen nicht etwa der Gemeinschaft zugute kommen, sondern in die Taschen einiger Weniger fließen, die auf diese Weise Wucherkapital ansammeln könnten.

Die Preise müssen unter allen Umständen reguliert werden.

Es müßte ein Übereinkommen getroffen und die Bauern verpflichtet werden, sich in den Grenzen zu halten, die für die werktätige Bevölkerung der Städte tragbar ist. Der Oberbürgermeister schlug vor, das schwierige Problem der Kontrolle über die Marktvorgänge einem Ausschuss von Sachverständigen aus den Kreislagen der Parteien und Gewerkschaften zu übertragen. Weiter kündigte er an, daß er demnächst einen Plan für eine Gemeinschaftsverpflegung vorlegen möchte, um wenigstens den Evakuierten, arbeitenden Frauen, Kranken und allen denen, die sich freiwillig daran beteiligen wollen, täglich ein zureichendes warmes Essen zu geben. Die Versorgungsprobleme stehen im Vordergrund unserer Verwaltungsarbeit, daß das Ernährungs- und Wirtschaftsamt dem Oberbürgermeister unmittelbar unterstellt und einen neuen Leiter erhalten soll. Ferner soll ein Bevollmächtigter für die Versorgungsfragen bestellt werden, der ebenfalls dem Stadtoberhaupt unmittelbar unterstellt ist.

gemacht werden. Es handelt sich um eine politische Frage, und die steht so: Wenn wir mit Fug und Recht von einer allgemeinen Kollektivschuld des deutschen Volkes an sich freilich der Blutschuld und Gewissensschuldigsten aller Krieger sprechen, und wenn sich dieser Kollektivschuld nicht einmal diejenigen ausnehmen, die die zwölf Jahre des Naziregimes in der Emigration oder in Zuchthaus und KZ zugebracht haben, dann müssen wir innerhalb des deutschen Volkes ebenso eindeutig von der besonders schwerwiegenden Kollektivschuld bestimmter Gruppen und Schichten sprechen. Das Großgrundbesitzertum war in der Vergangenheit Träger einer bestimmten volkschädlichen gegenpolitischen Haltung, es war Hort des Militarismus und der politischen Reaktion. Darum wird durch die Bodenreform diese Schicht im ganzen entmacht, indem man ihr die ökonomische Basis entzieht. Wer in führen-

der Stellung in der Kriegswirtschaft tätig gewesen ist, und sich Klärung über Ehre und Auszeichnungen aus Naziland verdient hat, zählt ebenfalls zu einer Gruppe, die eine besondere Kollektivschuld trägt.

Nicht anders ist es mit den Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen. Wir dabei gewesen ist, soll es auch sein, eine entsprechende Regelung zu erlassen, der ist malschuldig. Diese Schuld muß gestrichen werden. Das Maß der Sühne muß gemessen werden an dem Maß der furchtbaren Folgen, welche diese besondere Kollektivschuld für Millionen von Menschen hatte, die bewußte Antifaschisten waren.

Solange noch andere Einwohner in Notunterkünften hausen, darf es keine Nazis in den besten unversetzten Wohnungen unserer Stadt geben. Das muß die grundsätzliche Linie sein, nach der die Sonderstelle des Wohnungsamtes zu verfahren und die von der Provinzialverwaltung erlassene Wohnungsverordnung anzuwenden hat. Es muß rasch gehandelt werden.

Wir müssen eine gerechte Wohnraumverteilung zum Ziele haben. Die Wohnungen, die freigegeben werden, waren häufig unterbelegt. Wir müssen jetzt für eine unserer Notlage entsprechende Ausnutzung des verfügbaren Wohnraums sorgen. Wir werden eines Tages wenn die politische Wohnungsaktion abgeschlossen ist, Millionen von Menschen persönlich zu verunglimpfen müssen, damit die endgültige Lösung von allen Gutwilligen als gerecht und tragbar angesehen werden kann.

Abschließend führte der Oberbürgermeister ab, hat sich von der besonderen Kollektivschuld bestimmter Schichten gesprochen, vor allem von der besonderen Kollektivschuld der aktiven und passiven Nazis. Gerade, weil es sich um Kollektivschuld handelt und nicht um individuell festgestellte Verbrechen, deshalb ist es nicht erlaubt, jeden Menschen, der von den Nazis gequält wurde, persönlich zu verunglimpfen. Wollten wir die Nazis gegenüber gleiches mit gleichem vergelten, wollten wir den Rachegeulsten freies Spiel geben, so würden wir das moralische Fundament des Antifaschismus, die Basis einer demokratischen humanen Ordnung untergraben.

Es ist mein Wunsch, daß wir im Laufe der Jahre mehr und mehr dazu kommen, aus der antifaschistischen Bürgerschaft unserer Stadt wieder die Bürgerschaft zu bilden. Wir wollen ja nicht im „Antifaschismus“ stehen. Wir wollen eine demokratische, sozialistische, um nicht zu sagen sozialistische, Ordnung der Dinge.

Höchstpreise für Kartoffeln

Durch Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen sind für das Stadtgebiet Halle folgende Verbraucher-Höchstpreise für Speisekartoffeln für den Monat Oktober festgesetzt worden: Bei Abgabe ab Verkaufsstelle des Kleinhandels je 50 kg 0,65 RM, bei Lieferung frei Keller je 50 kg 0,65 RM, bei Abgabe von 5 kg je 5 kg 0,55 RM. Diese Preise gelten für gelbfleischige Sorten. Für weißfleischige Sorten ist der Verbraucher-Höchstpreis um 0,30 RM je 50 kg bzw. um 0,03 RM je 5 kg niedriger.

Die beste Hilfe für den Städtler - Kleingärten

Unzählige Werktätige in der Stadt Halle warten auf die Gelegenheit, einen Kleingarten zu bekommen. Durch die Ergebnisse der letzten Jahre sind gerade die Werktätigen mit antifaschistischer Haltung in den Hintergrund gedrängt worden, weil in den betreffenden nur mit Nazis besetzten Vorständen der Kleingärten die Nazis stets in letzter Stelle oder überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Gerade in der jetzt ernährungsbedingt so schweren Zeit wirkt sich das besonders aus und darum fordern viele Werktätige, daß die Nazis im Gartenbesitz eingeschränkt und neue Gartenanlagen außerdem angelegt werden. Mit der Antwort: Frauen Sie in zwei Jahren einmal nach, vielleicht ist es dann besser durch die bearbeiteten Stellen können wir nicht weiter. Es ist noch ein Ackerland in unserer Stadt, daß diesem Zwecke nutzbar gemacht werden kann.

Drum frisch ans Werk! Die Bevölkerung ist für Lösung dieser Frage dankbar. H. B.

Lichtbildausweise für die Reichsbahn

Wie wir von der Industrie- und Handelskammer zu Halle hören, ist ein Teil bei dieser Behörde beantragten Lichtbildausweise von der Reichsbahn eingetroffen. Die in Halle und näherer Umgebung wohnenden Antragsteller erhalten durch die Post Nachrichten, wann sie die ab 1. November vorgeschriebenen Lichtbildausweise abholen können. Antragsteller, welche ihren Wohnsitz in weiterer Entfernung von Halle haben, erhalten die Ausweise durch die Industrie- und Handelskammer mit der Post zugestellt.

SPD Halle, Stadttell. Osten. Funktionär-Veranstaltung am Mittwoch, den 31. Oktober, 19.15 Uhr, im Café Moschkau, Ludwig-Wucherer-Straße 17.

Rundfunk aus Leipzig

Programme-Vorschau für Dienstag, 30. Oktober (aus Kurznachrichten): 6.15 Eine frohliche gute Morgen, darzwischen 6.30 Vortrag über die Bodenreform; 7.00 Frühglocken; 8.00 Nachrichten; 8.20 Musik am Morgen; 8.30 Zwischenmusik; 8.45 Nachrichten; 9.15 Bunte Kleider; 11.00 Nachrichten; 11.15 Sendung; 12.00 Was wir wissen müssen; 12.15 Programm der erster Teil; 13.00 Nachrichten; 13.15 Musik; 13.30 zweiter Teil; 13.45 Vortrag; 14.00 Musik nach Tisch; 15.00 Jugendfunk; 15.15 Wochenschau; 15.30 Musik; 15.45 Kunst, Literatur und Wissenschaft; 16.00 Künstler der Sowjetunion; 16.15 Italienische und russische Opernsänger; 16.30 Literaturnachrichten; 16.45 Musik; 17.00 Tanz; 18.00 Nachrichten aus Mitteldeutschland; 18.15 Tagesgespräch; 18.30 Musik; 18.45 Musik; 19.00 Stunden; 19.00 Nachrichten; 19.15 Musik; 19.30 Mendelssohn-Bartholdy, Mozart, Beethoven, Busoni und Liszt; 21.00 Musik; 21.15 Musik; 21.30 Musik; 21.45 Musik; 22.00 Musik; 22.15 Musik; 22.30 Musik; 22.45 Musik; 23.00 Spitznachrichten; 23.20 Tages- und Musik; 1.00 Nach-richten vom Zauber.

Vor dem Bernburger Tor Burisch (ganz rechts) sendet ein

Weitere Handball-Ergebnisse: Reideburg gegen Dietz 4:14; Lettin II. — Nietzen Jgd. 19:3. Fußball: Gröbers I. — Brandis I 3:3; Gröbers II. — Ammendorf II. 1:1; Gröbers I Jgd. — Brandis Jgd. 3:2; Gröbers II. Jgd. — Ammendorf II. Jgd. 2:2.

Leichtathleten

Nachdem mehrere Sportarten zum Training und Wettkampff übergegangen sind, ergibt nun auch der Aufbruch der Leichtathleten. Zwar ist der Sommer Frost und die Platzanlagen stellen uns ein wenig nicht mehr zur Verfügung. Dafür beginnt das Hallentraining in der Turnhalle des Hochschulinstituts für Leibesübungen (Montagabend 18-20 Uhr; Übungsgemeinschaft Frauen und Mädchen; mittwochs von 18.30-20.30 Uhr; Übungsgemeinschaft Männer und Jugend, freitags 18-20 Uhr).

Ein Waldlauftraining findet am kommenden Sonntag statt (Unkiedelokal und Treffpunkt Rest. Hubertus) (Endstation Linie 4). Die Startzeit liegt bei 10.00 Uhr. Der Lauf führt über den Wald. An Veranstaltungen im Monat November sind bis jetzt vorgesehen: 4. November 1. Hallensportfest in der Turnhalle des Hochschulinstituts für Leibesübungen (Mittwoch); 18. November Herbstwäldlauf. Ausschreibungen zum Hallensportfest, Beginn 14.30 Uhr. Wettbewerbe: Weitsprung, Hochsprung, Kugelstoßen, Klassenteilnahme: Männer, Frauen, Jugend (1927-29); Jugend (1930); Kinder (1931) und jüngere, weibliche Jugend (1927 und jünger). Das Hallensportfest ist offen für alle Leichtathleten, die ihren Wohnsitz in der Provinz Sachsen haben. Die Meldung der auswärtigen Teilnehmer werden am Wettkampftag um 10 Uhr in der Moritzburg entgegengenommen. Sportplatz Halle.

Halle unterliegt 7:10 — Frauen gewinnen 7:0

Ein verdienstvoller Erfolg der Bernburger Männer und ein überlegener Sieg der hallischen Frauen sind das Ergebnis der gestrigen Handball - Stadtvorbereitung in Bernburg. Mit einem flüssigen Wirbelspiel, blitzschnellen und ausschließlichen Angriffen, versiedler, und warum waren sie so notdürftig untergebracht? Weil es in Halle anscheinend so außerordentlich schwierig ist, festzustellen, wer ein Nazi ist und wer kein Nazi ist, oder ob jemand ein aktiver oder passiver Nazi, ein Kriegsverbrecher aus bösem Willen oder „kraft einer unvorhergesehenen Schicksals“ war. Mit dieser komplizierten Forschungsarbeit muß Schluß-

Der Spielverlauf: Mit der folgenden Besetzung: Blanke, Röber, Kresse, Strahl, Seibt, Weber, Gantsch, Vetter, Burisch, Kötzow, Patzold stellte sich die Frauen der Unkiedelokal gegen Weichselbörs hin und hier zwei Torerfolge für Halle in der 3. und 7. Minute ließen Überlegenheit von Halle, das war die erste Halbzeit. In dem 3. Tor kurz nach dem Anpfiff bedient sich die Überlegenheit so auszuwirken, daß Bernburger Spielreihen nicht zur Entfaltung kommen. Vier Tore der Männer brachten das Endergebnis mit 7:0 für Halle.

Halle unterliegt 7:10 — Frauen gewinnen 7:0

Ein verdienstvoller Erfolg der Bernburger Männer und ein überlegener Sieg der hallischen Frauen sind das Ergebnis der gestrigen Handball - Stadtvorbereitung in Bernburg. Mit einem flüssigen Wirbelspiel, blitzschnellen und ausschließlichen Angriffen, versiedler, und warum waren sie so notdürftig untergebracht? Weil es in Halle anscheinend so außerordentlich schwierig ist, festzustellen, wer ein Nazi ist und wer kein Nazi ist, oder ob jemand ein aktiver oder passiver Nazi, ein Kriegsverbrecher aus bösem Willen oder „kraft einer unvorhergesehenen Schicksals“ war. Mit dieser komplizierten Forschungsarbeit muß Schluß-

Kurz nach dem Anpfiff mehr Bernburger in Führung. Lediglich durch einen Torerfolg der Bernburger, der die Frauen des Unkiedelokal gegen Weichselbörs hin und hier zwei Torerfolge für Halle in der 3. und 7. Minute ließen Überlegenheit von Halle, das war die erste Halbzeit. In dem 3. Tor kurz nach dem Anpfiff bedient sich die Überlegenheit so auszuwirken, daß Bernburger Spielreihen nicht zur Entfaltung kommen. Vier Tore der Männer brachten das Endergebnis mit 7:0 für Halle.



UNSERE PROVINZ

Kunstpreise
Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß kaum nach dem letzten Kanonenschießen...

Woran liegt das nun? Auf keinen Fall dürfen wir mit den Voreiligen antworten...

Wir fragen uns, ob es berechtigt ist, bei einer Tauschaktion noch Konzert- oder Musikabend und anderen kulturellen Darbietungen...

Warnung an alle Umsiedler
Entgegen allen bisher von privater Seite verbreiteten Gerüchten, daß die Grenze nach Westpreußen...

Die Provinzialverwaltung feilt mit:
Von dem Referat X D 2 „Opfer des Faschismus“ des Landesamtes für Sozialwesen...

Wir schließen uns der Stellungnahme der Thüringer Behördenstelle an und weisen darauf hin, daß in der Provinz Sachsen das Angebot des Herrn Becker abzulehnen ist...

Der Präsident der Provinz Sachsen
Abteilungs-Präsident — Funk — Film
Im Auftrage: Lessig.

Umsiedlerberingung in Magdeburg
Sanitäre Ueberwachung — Geringste Einweisung

(Eig. Bericht) — hm. — Magdeburg, 29. Okt.
In dem noch stehengebliebenen Flügel des früheren Regimentskassens zum des Besiedlungsstelle der Umsiedler-Betreuung für den Bezirk Magdeburg...

Gegen die zu Anfang unregelmäßigen Verhältnisse der Umsiedler sind durch eine Verordnung der Provinzial-Verwaltung heute klare regelnde Anweisungen erlassen. Der Bezirk Magdeburg ist zur Aufnahme der aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien stammenden Wanderarbeiter bestimmt...

Etwas 150 000 Umsiedler
müssen ab Oktober aber noch im Bezirk ihre neue Heimat finden. Verfügbare Wohnraum wird immer knapper und wahrscheinlich läßt sich eine häufigere behelfsmäßige Unterbringung nicht vermeiden...

vornehmlich in der Landwirtschaft
und in der für den Bezirk Magdeburg so wichtigen Zuckertropfen eingeteilt.

Für die arbeitsunfähigen Alten ist die Unterbringung in Altersheimen vorgesehen und für die elternlosen Kinder stehen zweckmäßige und gesunde Kinderheime im ganzen Bezirk zur Verfügung.

30 Jahre Blindenheim Wernigerode
Wernigerode, den 29. Oktober.
Am 29. Oktober konnte das Erholungs- und Ausbildungsheim für Späterblinde in Wernigerode a. Harz sein 30jähriges Bestehen feiern.

Die im Antifaschistischen Block vereinten Kräfte führen einen verzweifelt Kampf, das deutsche Volk aus dem Abgrund herauszuführen...

Die primitivste Form des Handels
ist der Tausch, denn in den ersten Anfängen der Gemeinwesen haben unsere Vorfahren die geringsten Lebensbedürfnisse durch Tausch ergänzt...

Der Wiederaufbau des Kreditwesens
kann durch die Maßnahmen der Sowjetischen Militärverwaltung, die zur Gründung von Provinzial- und Kreisbankstellen mit einem entsprechenden Füllnetze führen...

forschen oder sich um ihren Besitz und Angehörigen zu kümmern. Sie können vorläufig nur in ihre Aufnahmegebiete verwiesen werden...

Hier muß einmal ein scharfes Wort gesagt werden gegen...

Alle Umsiedler seien davon gewarnt, denn es handelt sich bei diesen Privatunternehmern nur um Goldschneider. Ihr Material selbst können sie auch nur den amtlichen Unterlagen entnehmen oder höchstens noch aus dem unseligen Teil der Tagespresse...

Außer den Umsiedlern beladene sich noch rund 345 000 Evakuierte
im Bezirk Magdeburg. Die etwa 173 000 aus dem Westen sollen nach und nach kritisch ricktransportiert werden...

Für die Umsiedler wird von den Behörden des demokratischen Deutschlands das Menschermögliche getan. Darum dürfen sie wohl auf der Seite der Umsiedler mit Aufrichtigkeit bei den Anträgen...

Nun noch ein offenes Wort und eine Bitte an die ethnische Bevölkerung.
Die früher für Zwecke des Arbeitsdienstes, OT und die Unterbringung der Ausländer verwendeten Baracken werden in diesem Winter für die Umsiedler mit in Anspruch genommen werden müssen...

Im Schreiben und Lesen der Blindenschrift.
Im Gebrauch der Schreibmaschine unterrichtet.

Das Heilm, das vom Reichsdeutschen Blindenverband gegründet und erhalten wurde, dient den Männern und Frauen, die nach dem schulpflichtigen Alter erblindeten...

Das Heilm, das vom Reichsdeutschen Blindenverband gegründet und erhalten wurde, dient den Männern und Frauen, die nach dem schulpflichtigen Alter erblindeten...

Krisen der Industrie und des Handels ebenso wie in der Landwirtschaft ein Geschäftsbahnen, das die Initiative lähmt und die Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse ernstlich in Frage stellt...

Wie eingangs erwähnt, ist der Warenaustausch die primitivste Art des Handels.
Wir sollen wir in einem geringeren Wirtschaftsstadium stehen, wenn wir uns an dem einseitigen, für eine Volkswirtschaft völlig unzulänglichen Warenaustausch beschränken...

Der Wiederaufbau des Kreditwesens
kann durch die Maßnahmen der Sowjetischen Militärverwaltung, die zur Gründung von Provinzial- und Kreisbankstellen mit einem entsprechenden Füllnetze führen...

Die Sowjetische Militäradministration hat uns ermöglicht, unsere wirtschaftlichen Kräfte zur Entfaltung zu bringen...

Arbeitspartei

Parteiwache in Sangerhausen
Der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete einen einstuhrigen Abend, auf dem über den Bezirksparteitag in Halle eingehend berichtet wurde...

Der Ortsverein Trebnitz
Krais Weißenfels, hat seine erste öffentliche Kundgebung durchgeführt. Genosse Kurt Müller sprach einleitende Worte...

Eilsterworte. Das Tagesgespräch in Eilsterworte bildete eine öffentliche Versammlung der SPD. Unser Genosse, Pfarrer Hecker, Würdigen, sprach über das Thema „Vom Faschismus zur Demokratie“...

Das Heilm, das vom Reichsdeutschen Blindenverband gegründet und erhalten wurde, dient den Männern und Frauen, die nach dem schulpflichtigen Alter erblindeten...

Glockenerlebnis. Im Anschluß an die Landevorlesung in Suderode fand in unserem Ort eine öffentliche Versammlung des antifaschistischen Blocks statt. Gen. Fritz Dahloff hielt hier das Referat im Sinne einer festen Zusammenarbeit der antifaschistischen Parteien...

Torgau. Kreis-Konferenz und Revolutions-Gedenktage am 10. und 11. November im Schützenhaus Torgau werden der Torgauer Bevölkerung die machtvolle Stärke unserer Partei und das Vertrauen der Bevölkerung dokumentieren...

Verlag und Druck: Volkshaus! Druckerlei und Verlags-Gesellschaft. G. Brauhaus 18191 Telefon SA Nr. 201. Anzeigen-Annahme: Halle (Saale). Wasserhausring 15. Sprechstunden der Redaktion 12-14 Uhr.

lebensfähig. Jeder Wirtschaftler kennt die schöpferische Kraft des Geldes.

Es ist unsinnig, daß die Geschäftspartner Geschäfte abwickeln versuchen, die über ihre finanziellen Kräfte gehen. Die Kreditinstitute haben ihre Tätigkeit aufgenommen und stehen als Helfer der Wirtschaft zur Verfügung...

Wir müssen Vertrauen fassen zu unseren Vertragspartnern. Vertrauen zu den Kräften, die der Wirtschaft tragen. Unternehmer, Gewerkschaft und Betriebsräte, ein gemeinsam mit den Werktätigen für das Gelingen der ihnen anvertrauten Betriebe verantwortlich...

Die Sowjetische Militäradministration hat uns ermöglicht, unsere wirtschaftlichen Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Nun liegt es an uns, diese Möglichkeit auszunutzen. Macht Schluß mit den Kompensationsgeschäften, die dem ordentlichen Kaufmann gegen den Strich ebenen Kredit kommt von credere (glauben). Faßt Vertrauen zu den verantwortlichen Männern der Blockpartei an...

Alle mit, die...
Berlin...
Mit...
dan...
steige...
fluten...
deshalb...
kennen...
Potoda...
bürger...
Ecke...
den...
wühl...
sein...
ist...
granz...
mäßig...
kellen...
ist...
Verke...
es ge...
allier...
kräftig...
Spree...
Der Berli...
hat...
Luth...
liche...
erneu...
den...
in...
große...
Spad...
voll...
als...
Prov...
Noll...
Soll...
Vari...
dies...
Tren...
wies...
als...
lin...
Folgt...
völl...
dies...
das...
bon...
fert...
und...
tur...
ist...
die...
die...
we...

Durch wirksamste Maßnahmen der Straßenverkehrsdirktion

Halle, den 29. Oktober. Alle Kräfte sind gegenwärtig darauf gesammelt, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Es ist eine der Hauptaufgaben, die wir zu bewältigen haben, aber auch der schwierigsten.

Es handelt sich dabei vor allem um den planvollen Einsatz aller verfügbaren Lastkraftwagen und Fuhrgespanne, um die umsichtige Lenkung des Transportraumes. Jedes Kubikmeter dieses Raumes muß bis zum Äußersten ausgenutzt werden.

Hammerfahrert ist Transportraub-Diebstahl. Eine weitere äußerst wichtige Anordnung der Straßenverkehrsdirktion gilt der Errichtung von Güteramtsstellen.

Verbindungen für den Arbeiterverkehr geschaffen werden. Dem gleichen Ziel, den Verkehr flüssig zu gestalten, gelten die Bemühungen um eine feste Linienführung des Verkehrs.

künftig nur auf den besten Straßen zum Einsatz gelangen. Damit wird einmal der kürzeste Einsatz des Fahrzeuges, dann aber auch die größtmögliche Schonung der Reifen sowie des anderen Materials gewährleistet.

Je nachhaltiger uns die Transportprobleme berühren, um so mehr wächst auch erfreulicherweise die Zahl der Anregungen, die an die Straßenverkehrsdirktion herangetragen werden.

Das sind sinnfällige Zeichen dafür, daß unmittelbar aus der Verkehrs- und aus der Lebenspraxis heraus gearbeitet und daß schnell gearbeitet wird.

Das unruhige Ägypten

Kairo, 29. Oktober (SNB). Ägyptische Zeitungs- und öffentliche Organisationen bestehen offen darauf, daß die nationalen Forderungen Ägyptens verwirklicht werden.

Eine Reihe von Zeitungen hat ähnliche Forderungen schon seit länger Zeit veröffentlicht. So hat am 7. September die Zeitung „Mussawir“ geschrieben: „Die Zeit der Prüfung für unser Land ist jetzt gekommen.“

Vertrauen zu Marshall Tito. Cleveland, 29. Oktober (SNB). Hier fand das alljährliche Treffen des „vereinigten Komitees der Amerikaner jugoslawischer Abstammung“ statt.

Das Komitee richtete an den Präsidenten Truman eine Botschaft, in der sie bei der Besprechung der Lage in Jugoslawien eingehend über die Lage in Jugoslawien berichteten.

Das Treffen wendete sich an Marshall Tito mit einem Gruß. „Wir sind überzeugt“, heißt es darin, „daß im Verlauf der bevorstehenden Wahlen das jugoslawische Volk demjenigen Vertrauen schenken wird, der am besten für die politische, wirtschaftliche und nationale Befreiung Jugoslawiens gekämpft hat.“

Frankreichs Kriegsverluste

(SNB). Über die Verluste Frankreichs während des Krieges angestellte Berechnungen ergeben eine Einbuße von rund 1 Million Menschen. Das Land, welches vor dem Krieg 41 1/2 Millionen Seelen zählte, besitzt heute nur noch eine Bevölkerung von knapp 40 Millionen.

Hansju wird auf seinen Geisteszustand untersucht

Aus Oslo wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter, der die Unterlagen in Sachens des norwegischen Schriftstellers Knut Hamsun wegen seiner Zusammenarbeit mit den Deutschen prüft, ist zu dem Schluß gekommen, daß Hamsun auf seinen Geisteszustand untersucht werden muß.

Kundgebungen in Prag

(SNB). In Prag fand anlässlich der Unterzeichnung der Dekrete über die Nationalisierung der Großbetriebe, der Aktiengesellschaften, der Banken und der privaten Versicherungsgesellschaften eine grandiose Volkskundgebung statt.

Gefährdete Schifffahrt

(SNB). Das sowjetische Motorschiff „Mitschurin“ ist von seiner ersten Nachkriegs-Überseefahrt, die es nach Kanada und Neuyork führte, nach Odessa zurückgekehrt.

Wo der Winter am kältesten ist

Die Jahresarbeit des geographischen Instituts der UdSSR

Moskau (SNB). Die diesjährige Saison der wissenschaftlichen Expeditionen ist vorüber. 16 Expeditionen des geographischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR arbeiteten in verschiedenen Teilen des Landes.

Als Ergebnis der Evakuierung mehrerer Industrien nach dem Osten während der Kriegszeit hat sich die wirtschaftliche Lage vieler Bezirke stark verändert.

Das Studium der Moldau-Republik

Ihr natürlicher Wohlstand, ihre alte Kulturgeschichte und ihre Lebensform wurden zum erstmalig aufgenommen. Die Forschungsexpedition der Arbeiter und Studenten der Geographie-Abteilung der Moskauer Universität legte im Laufe von drei Monaten insgesamt 8000 Kilometer zu Fuß und Wagen zurück.

Diese Monographie wird in russischer und moldauischer Sprache veröffentlicht werden. Die Arbeit der Expedition wird auch dabei helfen, eine Anzahl Probleme der Wirtschaft der Moldau-Republik zu lösen.

Wasserreservoiren auf dem Gebiet der Moldau-Republik begonnen und Maßregeln ergriffen, um Landvergleichungen zu verhindern.

In Kasachstan ist das Programm der Erforschung der Rohstoffe und Kraftquellen der Republik vollendet worden. Viele Jahre lang hat die Steppenregion der Republik unter Wassermangel gelitten.

Dimitri Koloosow, das Mitglied des Stabes des Geographie-Instituts, ist nach vierjähriger

Erforschung des nördlichsten Teiles der nördlichsten Sowjetrepublik — Jakutien — nach Moskau zurückgekehrt. Hier ist der Winter am kältesten in der Welt, die Temperatur fällt bis

auf 69 Grad Celsius unter Null, während im Sommer die Temperatur während langer Perioden auf 35 Grad über Null steigt.

Einige Abschnitte der örtlichen Landschaft zeigen, daß hier in früheren Zeiten das Klima mild war. In vier Jahren haben die Sowjetwissenschaftler in diesem weiten gebirgigen Land 10 000 Kilometer zu Fuß, im Kana und auf Flößen zurückgelegt und den „Kältepol“, die Wirtschaft und die natürlichen Quellen Jakutiens studiert.

Parteiversammlungen im Saalkreis

Büschdorf. Der Ortsverein der SPD, der schon eine ansehnliche Mitgliederzahl erreicht hat, hielt kürzlich wieder eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Willi Bernhardt (Halle) sagte den Weg, den die Sozialdemokratische Partei zu gehen hat.

Brückdorf. Der Ortsverein wurde am 23. Oktober neu gegründet. Als Vorstand wurde Genosse W. Glaser einstimmig gewählt.

Döllnitz. Die am 21. Oktober durchgeführte Geld- und Sachspendensammlung für die Opfer des verbrecherischen Nazismus, welche gemeinsam von den beiden Arbeitsparteien durchgeführt wurde, hat gezeigt, daß Parteien der Einwohner den Sinn der Zeit erkannt haben.

Zwinitzsch. In dem vollbesetzten Saal des Gasthofes Horn sprach am 22. Oktober Genosse Otto Rung (Halle) Er bewies die verbrecherische Schuld der Nazis an dem furchtbaren Zusammenbruch, dem daraus entstandenen Elend und der Verarmung unseres Volkes und brachte den Erschienenen erschütternde seine Ergebnisse im Konzentrationslager nahe.

Widerstände zu überwinden, und daß die demokratische Erneuerung des deutschen Volkes vollendet werden wird.

Mori. Auch in unserem Ort wurde ein Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei gegründet, der sich bereits einer stattlichen Mitgliederzahl erfreuen kann.

Könnern (Jugendabend). Der Jugendausschuß der Stadt Könnern veranstaltete einen Jugendabend unter dem Motto: „Wir machen Musik.“ Das Publikum, dem ein froher Abend bevorstehen würde, wurde durch die wirkliche Entspannung gesucht, kann voll auf seine Kosten. Voller Beifall wurde der Jugendkapelle Harry Dippe und den vier Sängerinnen und Sängern gesollt.

Niemberg. Unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung fand in Niemberg die erste von der SPD veranstaltete Versammlung statt. Genosse Kunge, Halle, zeigte den Anwesenden den Zusammenbruch des Hitlerismus und den Weg zum Neuaufbau des neuen demokratischen Deutschland.

Berliner Brief

Berlin im Wiederaufbau — Berlin hat wieder sein Groß-Varieté — Deutsches Filmarchiv völlig vernichtet — Ein Kleiderschrank wird „transportiert“ — 800 000 cbm Wasser im S-Bahntunnel unter dem Landwehrkanal

Von unserem Berliner Ha-Mitarbeiter.

Mit Bienenfeld ist Berlin dabei, die größten äußeren Schäden des militärischen Krieges zu beseitigen. Der launische Wettergott kann darin wenig stören. Die Straßen und Bürgersteige sind freigelegt, so daß ein ungehinderter, fast friedensmäßiger Verkehr dahinfließen kann.

Der Krieg hat auch die drei Groß-Varietés Berlins vernichtet. „Wintergarten“ am Bahnhof Friedrichstraße, „Scala“ in der Martin-Luther-Straße und die „Piazza“ am Kienitzplatz sind nicht mehr. Aber der unerschöpfliche Aufbaufleiß der Artisten, die sich in der albekanntesten „Internationalen Artistenloge“ erneut zusammenschlossen, schuf auch hier Wandel.

Leichtsinnes Rauchen verursacht in Berlin einen Vernichtungskrieg, dessen kulturelle Folgen noch gar nicht abzusehen sind, da es einen unersetzlichen Totalschaden an der Kultur vernichtet worden.

„Blum! Se doch uff ihr Kaff, wenn'n Bier hier nich jeffällt!“ schauert kühnlich ein Berliner einen kopschüttelnden Geister an.

der Lelne, die Frau schleibt hinten nach. Was! Einem ausgewachsenen Kleiderschrank, ohne Wege, ohne Karre. Wie? Köppchen der Mann hat von einem alten Klavier die vier Rollen an die Füße des Schranke geschraubt und fertig war der Transport und somit diese zeitreibende Frage gelöst.

Zwischen den Hochbahnstationen Großgörschenstraße und Gleisdreieck unterkreuzt die Nord-Süd-S-Bahn das Bett des Landwehr-



kanal. Zum besseren Schutze des Tunnels waren zwei Wehrräumen angelegt worden. Diese waren durch das Naziregime in den Tagen des Zusammenbruches gesprengt worden. Etwa 800 000 cbm Wasser ergossen sich in den S-Bahn-Tunnel, so daß das Kanalbett für kurze Zeit völlig trocken gelegt wurde.

